

Volks-Zeitung

Sobottka war Haussuchungs-Zeuge Brandenburger Mörder verhaftet

„Roma“ und ihr Söhnchen „August“



Die 26jährige Elefantin aus dem Hagenbeck'schen Tierpark traf zu den Vorstellungen im Zirkus Busch in Berlin ein

Vor dem Zehlendorfer Rathaus



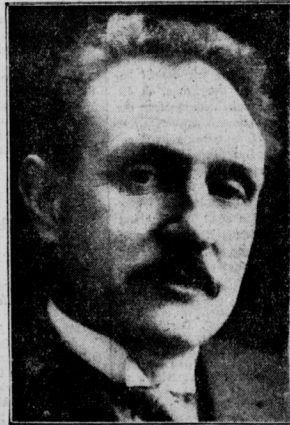
wurde eine Bärengruppe von Professor Lederer im Beisein des Bildhauers aufgestellt

Prof. Dr. Waetzold

Chautemps

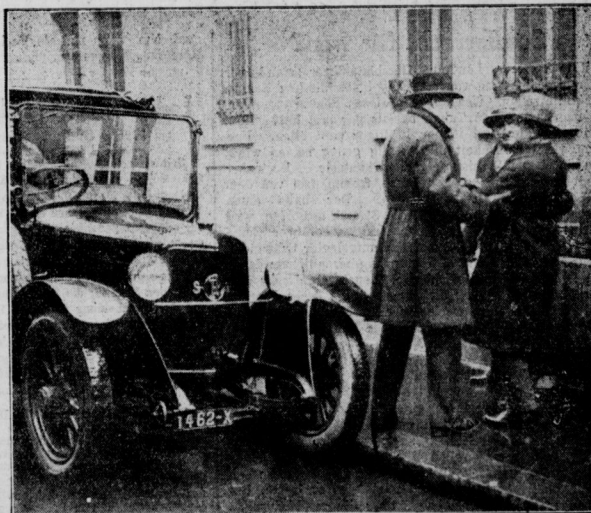


Der Generaldirektor der staatlichen Museen in Berlin wird morgen 50 Jahre alt



Der Vorsitzende der radikal-sozialen Fraktion wurde mit der französischen Kabinettsbildung beauftragt

Ist Kutjepow so entführt worden?



Rekonstruktion der Entführungsszene nach Angaben des Augenzeugen Steinmetz an der Ecke der Rue Oudinot und der Rue Rousselet

Abg. Sobottka war dabei Die Durchsuchung im Liebknecht-Haus

Ordnungsmässiges Verzeichnis der Schriftstücke und Quittungserteilung/Schwindel der „Roten Fahne“

Auf die Vorwürfe der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ wegen der Durchsuchung im Karl-Liebknecht-Haus wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Bei dem vorgefundenen Beweismaterial handelt es sich in der Hauptsache um jene Schriftstücke, die in einen Koffer verpackt, im Zimmer des Abgeordneten Kerff vorgefunden wurden. Der Koffer trug ein Namensschild des Abgeordneten Eberlein und wurde von einem Beamten der Abteilung Ia

in Gegenwart des Abgeordneten Sobottka geöffnet.

Bei seiner Sichtung fand man in einer gelben Mappe umfangreiches Zersetzungsmaterial, über das zum grössten Teil richterliche Beschlagnahmebeschlüsse vorliegen. Auch aus dem sonstigen Inhalt geht hervor, dass das Material für die Zersetzung der Polizei und der Reichswehr bestimmt war. Auf Anordnung des die Durchsuchung leitenden Beamten

wurde dem die Durchsuchung leitenden Abgeordneten Sobottka Stück für Stück des Inhalts ausdrücklich vorgewiesen, damit er sich selbst vom Inhalt noch einmal überzeugen konnte.

Danach wurde der Koffer wieder geschlossen und dem Abgeordneten Sobottka eine Beschlagnahmequittung überreicht. Als die Abgeordneten Ulbricht und Dahlem eine spezialisierte Aufstellung

verlangten, wurde, da dies an Ort und Stelle wegen des umfangreichen Materials nicht möglich war, ihnen der Vorschlag gemacht, nach nochmaliger Vorphaltung des Inhalts eines Angestellten des Karl-Liebknecht-Hauses den Transport zum Polizeipräsidium begleiten zu lassen, damit dort in seiner Gegenwart das Material nochmals gesichtet und spezifiziert werden könnte, soweit es der endgültigen Beschlagnahme anheimfiele. Daraufhin wurde der Abgeordnete Sobottka bestimmt, den Transport des Materials zu begleiten und der Sichtung beizuwohnen. Dies ist dann auch geschehen, und

auf dem Polizeipräsidium erhielt Sobottka eine eingehende Aufstellung über das beschlagnahmte Material.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, dass die Behauptungen der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ mit den Tatsachen nicht übereinstimmen.

Die kommunistische Presse hat danach also wieder einmal die Öffentlichkeit angelogen. Sie darf sich nicht wundern, wenn man ihre Mitteilungen und „Feststellungen“ in Zukunft mit noch grösserem Misstrauen betrachtet als bisher.

Wo gesparrt werden kann

Keine Neubesetzung der freierwählenden Oberpräsidenten?

Wir reden jetzt so viel vom Sparen. Im Reiche hat das Kabinett den Etat einer strengen Durchsicht unterzogen, und es ist zu der Ansicht und Absicht gekommen, die Ausgaben für die Wochenhilfe von 29 auf 15 Millionen zu senken und der Invalidenversicherung statt 40 nur 20 Millionen aus den Zollerträgen zu überweisen. Dagegen ist der Wehretat von 670 auf 700 Millionen erhöht worden. So anerkennt man es, dass man für den Panzerkreuzer B keine Rate von 100 000 Mark in den Etat einsetzen will, so zeigt doch die erneute Steigerung des Wehretats, wie weit entfernt man vom Sparsinn in den Ressorts des Wehrministeriums ist. Demgegenüber sind die Abstriche am Sozialetat ein überaus bedenkliches Beginnen. Die Sparsamkeit muss eben auch am richtigen Platze erfolgen.

Auch in den Ländern soll gesparrt werden. Eine praktische Möglichkeit bestünde gerade jetzt, wo in absehbarer Zeit die beiden Oberpräsidenten von Hessen-Nassau und Pommern zurücktreten. Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber hat den bemerkenswerten Vorschlag gemacht, die beiden Posten jetzt nicht neu zu besetzen. Dieser Vorschlag ist um so beachtenswerter, als die preussische Regierung sich mit den Plänen einer Verwaltungsreform trägt. Diese Reform kann entweder in der Richtung der Anregungen des früheren preussischen Innenministers Dr. Drews gehen, dass man die Regierungspräsidenten abbaue und in jeder Provinz nur dem Oberpräsidenten lasse, oder aber in der umgekehrten Richtung eines Wegfalls der Oberpräsidenten. Es ist kein Geheimnis, dass der letztere Weg von dem gegenwärtigen preussischen Innenminister Grzesinski befürwortet wird. Man darf darum auch annehmen, dass sich der Entwurf einer Verwaltungsreform in den Gedankengängen des gegenwärtigen Innenministers halten wird. Darum kommt dem Vorschlag des Handelsministers Dr. Schreiber praktische und aktuelle Bedeutung zu. Entscheidend ist der Landtag für eine Besetzung der Oberpräsidenten, dann werden in den nächsten Jahren zwölf Oberpräsidenten- und zwölf Vizepräsidentenstellen eingespart. Gleichzeitig wird schon jetzt der Anfang damit gemacht, und man braucht dann nicht die neuen Stelleninhaber zu pensionieren oder aufs Wartegeld zu setzen. Jedenfalls hat das preussische Kabinett die erste Pflicht, diese Anregungen eingehend zu prüfen. Es geht nicht an, dass über Sparsamkeit immer nur geredet wird, aber die praktischen Wege, die zu diesem Ziele führen können, ausser acht gelassen werden.

Der heimliche Lauscher

Die falschen Berichte aus den Young-Ausschüssen

Wie berichtet, kam es gestern in den vereinigten Ausschüssen zur Beratung der Young-Gesetze zu einem Zusammenstoss zwischen Minister Dr. Wirth und dem rechtsstehenden Abgeordneten Freytag-Loringhoven, dessen Ursache die Veröffentlichung von — falschen — Einzelheiten aus der vertraulichen Beratung des Young-Plans in einem Rechtsblatt war. Inzwischen ist ermittelt worden, wie die falschen Berichte zustande gekommen sind. Sie stammen nicht von einem Abgeordneten, sondern von einem Journalisten, der sich am Dienstag auf die vereiselt nicht unter Verschluss gehaltene Pressetribüne des Reichstages geschlichen und dort, hinter den Sitzen versteckt, die Beratung verfolgt und sich Notizen gemacht hat. Wie in der heutigen Sitzung der Young-Ausschüsse vom Vorkommenden mitgeteilt wurde, ist dem „nationalen“ Lauscher an der Wand vom Reichstagspräsidenten die Reichstagskarte entzogen worden.

Abg. Koch-Weser (Dem.) bezeichnete das Verhalten des betreffenden Journalisten nicht als Fälschung, wie es Graf Westarp (Deutschnat. Vp.) aufgefasst wissen wollte, sondern als unerhörten Skandal. Er habe sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und sollte deswegen zur Anzeige gebracht werden.

Die dann vorgenommene Abstimmung über die § 21 des Reichsbankgesetzes (Lombardfähigkeit von Schuldverschreibungen) ergab dessen Annahme.

Es folgte die vertrauliche Beratung über die Sanktionsfrage. Gegen die Vertraulichkeit dieser Debatte stimmten die Deutschnationalen und Kommunisten, dafür die Mehrheit des Ausschusses.

Generalerlass gegen die deutsche Sprache in der Tschechoslowakei

PRAG, 20. Februar. Ein Sonderbefehl des Landeskommandanten von Böhmen, Divisionsgeneral Josef Bill, vom 3. Februar, wendet sich in folgender scharfer Weise gegen den Gebrauch der deutschen Sprache in der Armee:

„In den Zeitungen sind Beschwerden erschienen, dass die Offiziere und ihre Familien sowohl in Offizierskreisen wie auch vor der breiten Öffentlichkeit in auffälliger Weise die deutsche Sprache gebrauchen. Die nationale Empfindlichkeit der tschechischen Öffentlichkeit wird dadurch berührt.

Der Offizier soll nur dann deutsch sprechen, wenn es unbedingt nötig ist und auch das nur unauffällig. Der tschechoslowakische Offizier muss überall ein Propagator der Staatsidee sein und darf seine Mission nicht übersehen.“

Chautemps bemüht sich um Kabinett der Mitte

Annahme des Auftrags Doumergues — Grosse Schwierigkeiten zu erwarten

PARIS, 20. Februar. (W. T. B.)

Präsident Doumergue erteilte dem Vorsitzenden der radikalen Kammerfraktion, Camille Chautemps, im Laufe seiner heutigen Unterredung den Auftrag zur Kabinettsbildung. Chautemps erklärte sich bereit, den Auftrag anzunehmen, behielt sich jedoch seine endgültige Entscheidung bis heute abend vor.

Als Chautemps nach seiner Unterredung mit Doumergue um 10 Uhr 40 Minuten das Elysee verliess, erklärte er Pressevertretern, er werde sofort seine Besprechungen aufnehmen und versuchen, die

Einigung der Republikaner auf ein demokratisches und nationales Regierungsprogramm

zu verwirklichen. Im Verlaufe des Abends werde er ins Elysee zurückkehren, um dem Präsidenten der Republik seine endgültige Antwort zu geben. Er habe den festen Willen, die ihm übertragene Aufgabe durchzuführen und er werde heute vormittag dem Kammer- und Senatspräsidenten die üblichen Besuche abstatten und dann mit Tardieu und verschiedenen anderen Persönlichkeiten in Verhandlungen treten.

Nach der parlamentarischen Tradition erscheint die Betrauung Chautemps' logisch, denn die radikale Fraktion ist die stärkste Partei der Opposition, die das Kabinett Tardieu gestützt hat. Es hat aber nicht nur die Logik den Entschluss des Präsidenten bestimmt. Doumergue hat zunächst versucht, den von vielen Politikern, sogar von einigen politischen Gegnern empfohlenen Tardieu für die Bildung der neuen Regierung zu gewinnen.

Tardieu hat abge' hut.

Er ist, wie es scheint, verstimmt und will abwarten, bis er mit grösserer Autorität zurückkehren kann. Auch Briand hat er kritischen lassen, dass er nicht noch einmal Ministerpräsident werden wolle. Aber diese tendenziöse Information wird als unrichtig bezeichnet. Der Präsident Doumergue soll dann an die

Sonderrecht für wen?

Ein früherer Landbund-Geschäftsführer stand vor einer Versammlung von schleswig-holsteinischen Bauern und sollte reden. Was soll man diesen Leuten vorsezen, die man an starken Tabak bereits gewöhnt hat? Nun, man muss die Kost immer kräftiger zubereiten. Und wenn die Wirklichkeit nicht saftig genug ist, so würzt man sie eben mit seiner eigenen Phantasie. Also, unser Landbundmännchen erzählt frisch, fromm, frei von dem preussischen Ministerpräsidenten. Der habe einen Pförtner roh und herzlos auf die Strasse geworfen, weil er in seine Wohnung einen Kraftwagenführer habe setzen wollen. Das war natürlich aufgelegter Schwindel, und der phantasiervolle Entrüstungszuober bekam daher vom Kieler Schöffengericht drei Monate Gefängnis aufgebremmt, was die Berufungsinstanz auf sechs Wochen milderte. Der ehrenwerte Herr Verleumder kam also noch recht gelinde weg. Was aber meint die „Deutsche Zeitung“ dazu? Sie nennt das Urteil hankebüchsen und sie faselt von „Brauns Sonderrecht“. Weil Herr Braun sich nicht von allen Schmierfinken besudeln und beschmutzen lässt, weil er wenigstens zwischen durch einen von diesen gewissenlosen Burschen herausgreift und vor Gericht seine Gesinnungslosigkeit feststellen lässt, weil also etliche von diesen traurigen Gesellen für ihre Demagogie einen Denkzettel einheimssen, darum wagt es die „Deutsche Zeitung“, von Sonderrechten des Beleidigten zu faseln. Ein Thüringer Nazi hat sich jüngst über die gefühlsduselige Langmut der Republikaner lustig gemacht. Er hat wahrhaftig mehr Recht als die Schreiberlinge von der „Deutschen Zeitung“, die von „Absolutismus“ und „Sonderrechten“

quatschen, wenn mal ein Verleumderjungelein für seine Hemmungslosigkeit brummen muss.

Lösung der Liquidations-Abkommen?

Heute Stellungnahme des Kabinetts

Seit einigen Tage beschäftigt man sich, wie wir bereits berichteten, in parlamentarischen Kreisen mit der Frage, ob die Lösung des Polenabkommens von der Entscheidung über die Young-Gesetze, mit denen es nur lose zusammenhängt, angesichts der schweren Bedenken, die gegen den Polenvertrag geltend gemacht werden, nicht zweckmässig ist. Das hiesige Zentrumorgan, die „Germania“, die heute noch einmal die Einwände gegen das Vertragswerk mit Polen zusammenfasst, spricht sich sogar im äussersten Falle für die Abtrennung aller Liquidationsabkommen von der Entscheidung über den Young-Plan aus. Das Kabinett wird sich mit dieser Frage in seiner heutigen Kabinettsitzung befassen. Es scheint aber, dass die Regierung auf die Forderung der gleichzeitigen Verabschiedung aller Liquidationsabkommen mit dem Young-Plan bestehen wird.

Wieder ein Austritt aus der Eugenberg-Partei. Der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Rippel (Hagen i. Westf.), der seit Gründung der Deutschnationalen Volkspartei den Landesverband Westfalen-Süd als Vorsitzender leitete, hat den Vorsitz niedergelegt und ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Sonnabend Beisetzung Kästers. Nach einer Trauerfeier in der deutschen Botschaft in Belgrad wurde der Sarg, der die sterblichen Überreste des verstorbenen Dr. Köster birgt, in einem Sonderwagen dem Expresszug nach Berlin angehängt. Der Sarg wird Sonnabend in Hamburg eintreffen. Das Begräbnis wird um 12^{1/2} Uhr in Blankensee stattfinden.

Gerechtigkeit für Berlin!

Gegen die Benachteiligung der Millionestadt Magistat an Landtag

Die Stadtverordnetenversammlung hat gelegentlich der Verabschiedung des Nachtragshaushalts für 1929 am 30. Januar beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei Reich und Staat dahin zu wirken, dass

1. der weitaus größte Teil des Hauszinssteueraufkommens der Stadt Berlin verbleibt,
2. von der Kraftfahrzeugsteuer der Anteil der Stadt überwiesen wird, der tatsächlich in Berlin aufkommt,
3. die Überweisungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer um 20 Mill. Reichsmark erhöht werden.

Der Magistrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit diesem Ersuchen beschäftigt und sich einmütig auf den Standpunkt gestellt,

dass nicht unversucht gelassen werden dürfe, um die ungerechte Behandlung Berlins beim preussischen Finanzvergleich zu beseitigen, und dass daher auch in diesem Jahr Schritte bei der Regierung und dem Landtag unternommen werden müssten, um noch zum 1. April 1930 eine Besserung zu erzielen.

Es liegen zwar neue Vorschläge der Regierung zu einer Änderung der relativen Garantie und der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer vor, aber bei der Kürze der Zeit bis zum Beginn des

neuen Rechnungsjahres für 1930 ist eine entsprechende Änderung angeblich nicht mehr beabsichtigt, es muss vielmehr mit einer unveränderten Verlängerung der bisherigen, unbefriedigenden Regelung der Verteilung der Anteile an der Einkommen-, Körperschaft-, Kraftfahrzeug- und Hauszinssteuer auf ein weiteres Jahr gerechnet werden.

Da die Stadt dem nicht tatenlos zusehen kann und will, wird der Magistrat sich an den Landtag wenden, um wenigstens die folgenden Verbesserungen mit Wirkung vom 1. April 1930 zu erreichen:

- a) die relative Garantie bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer durch Erhöhung des fixierten Einheitsatzes von 22 auf 25 Pfg. zu lockern,
- b) den Verteilungsschlüssel für die Kraftfahrzeugsteuer durch Berücksichtigung des örtlichen Aufkommens zugunsten Berlins zu verbessern oder den Vorausbetrag Berlins von 2,0 auf 10,0 Mill. RM. zu erhöhen,
- c) von dem Gemeindefinanzanteil an dem Hauszinssteueraufkommen 5/10 statt bisher 3/10 nach dem Verhältnis des örtlichen Aufkommens zu verteilen.

Der Magistrat erwartet aus diesen Gesandensdrängen eine Erhöhung der der Stadt zufließenden Anteile an der

Eink- u. Körp.-St. Kraftfahrz.-St. Hauszinsst. von 8,0 Mill. 8,0 Mill. 6,7 Mill.

Es bedarf keines Hinweises darauf, welche Bedeutung diese Summen im Haushalt der Stadt Berlin bei ihrer augenblicklichen Finanznot haben. Hierdurch würde wenigstens zum Teil das Unrecht beseitigt, das die Stadt schon Jahr um Jahr durch die Bestimmungen der Finanzvergleichsgesetzgebung erfährt.

Insgesamt hat Berlin im letzten Jahre durch diese ungünstigen Bestimmungen an Einkommen- und Körperschaftsteuern 32 Millionen, an Kraftfahrzeugsteuer 19 Millionen, an Hauszinssteuer 27 Millionen verloren.

Diese Summe von insgesamt 78 Millionen übersteigt also den Gesamtbedarf des Nachtragshaushalts 1929.

Die Sitzung der Finanz- und Steuerdeputation, die heute über den 45-Millionen-Kredit beriet, hat sich ohne Beschlussfassung auf Freitag vertagt. Heute abend um 7 Uhr sollen die Fraktionen vorher Stellung dazu nehmen, während die Stadtverordnetenversammlung auf kurze Zeit unterbrochen wird.

Brandenburger Knabenmörder verhaftet

Geständnis des Verbrechers — 21jähriger Bursche aus Brandenburg

Die schwere Bluttat in Brandenburg, über die wir im Morgenblatt berichtet, hat eine schnelle Aufklärung gefunden. Die Kriminalpolizei hat den 21jährigen Alfred Hünicke in Haft genommen, der nach hartnäckigen Leugnen heute vormittag ein Geständnis abgelegt hat.

In der Wilhelmshofstrasse wurde, wie gemeldet, gestern vormittag der neunjährige Schüler Rudolf Engelmann auf dem Wege zur Schule von einem jungen Mann angesprochen, der das Kind nach einem Müllabladeplatz lockte. Dort hat der Mann dem Jungen am Hals mit einem scharfen Messer eine lebensgefährliche Schnittwunde beigebracht. Der Junge konnte nach der Narkose im Krankenhaus den Kriminalisten eine genaue Beschreibung des Täters geben, die sich auch mit den Angaben anderer Personen deckte, die zur Zeit der Tat in der Nähe der Müllabladestelle waren und den Täter flüchten sahen. Nach diesem Mann fabrizierte die Brandenburger Kriminalpolizei, die sich zugleich mit den Landjägerstationen in der Umgegend in Verbindung setzte. Im Laufe des gestrigen Tages wurden auch eine Reihe verdächtiger Burschen festgenommen, die aber größtenteils ihr Alibi nachweisen konnten und deshalb wieder

entlassen werden mussten. Unterdessen hatte die Polizei aber weiter feststellen können, dass die Beschreibung des mutmaßlichen Täters auf die bei seinen Eltern in Brandenburg wohnenden 21jährigen Alfred Hünicke passe.

Kriminalkommissar Poggenlas nahm daraufhin noch während der Nacht den Verdächtigen fest. Auf der Polizeiwache leugnete Hünicke, musste aber zugeben, dass er sich am Tage in der Nähe der Müllabladestelle aufgehalten hatte. Als man dann noch an seiner Kleidung Blutflecke nachweisen konnte, legte er ein umfassendes Geständnis ab.

Nach seinen Angaben wollte er nach dem Muster des Düsseldorf Mörders eine ähnliche Tat begehen, um dadurch die Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Hünicke gibt zu, dass er den Jungen in der Absicht nach dem Müllabladeplatz gelockt hatte, um ihn zu ermorden und dann die Leiche in den Müllbergen zu verbrennen. Zuerst prüft die Polizei das Vorleben des Verhafteten nach. Ob Hünicke noch weitere bisher ungeklärte Verbrechen verübt hat, wird erst im Laufe der Untersuchung festgestellt werden können. Das Befinden des schwerverletzten Rudolf Engelmann ist nach wie vor als äusserst ernst zu bezeichnen.

Attentat auf Bergwerks-Direktor

In der Dunkelheit erschossen

MAGDEBURG, 20. Februar. (Privat.)

Am Mittwoch abend wurde der Bergwerksdirektor, Diplomingenieur Emil Kramer von der Grube „Concordia“ in Nachterstern (Bezirk Magdeburg) in seinem Garten aus einem Hinterhalt erschossen. Kramer hatte sich mit einem Arzt, der bei ihm zu Besuch weilte, in den Garten begeben, als er plötzlich einen Schuss in den Rücken erhielt, der ins Herz drang und ihn sofort tötete. Die Magdeburger Nordkommission hat sich an den Tatort begeben. Auf Kramer, der im 41. Lebensjahr stand, war bereits vor längerer Zeit in der Dunkelheit geschossen worden. Damals konnte der Mordversuch nicht aufgeklärt werden. Man vermutet einen Racheakt.

Bisher 10 Tote

bei der Explosionskatastrophe in Elizabeth

ELIZABETH (New Jersey), 20. Februar. (W. T. B.)

Die Zahl der bei der Explosionskatastrophe in Elizabeth ums Leben gekommenen Personen hat sich auf zehn erhöht. Von den Verletzten dürften neun kaum mit dem Leben davonkommen, bei einigen zwanzig fürchten die Aerzte unheilbare Erblindung. Die behördliche Untersuchung bestätigt die bisherige Annahme, dass die Explosion auf die Entzündung von Naphthagasdämpfen zurückzuführen ist, die aus der Alkoholdestillationsanlage entwichen und bereits eine halbe Stunde vor der Explosion sich bemerkbar machten. Die Explosion fand statt, bevor es gelang, die Gasentweichung abzustopfen.

Wenig einheitlich

Zu Beginn der heutigen Börse herrschte wieder einmal ausgesprochen niedrige Tendenz, und es war eine wenig einheitliche Tendenz zu beobachten. Inwieweit sich die Stimmung schon von vorherigen etwas freundlicher als am letzten Tage.

Artztell. Einheitskurs	Wert	Verl. u. Einheitskurs	Wert	Verl. u. Einheitskurs	Wert
1000	100,00	1000	100,00	1000	100,00
500	50,00	500	50,00	500	50,00
250	25,00	250	25,00	250	25,00
100	10,00	100	10,00	100	10,00
50	5,00	50	5,00	50	5,00
25	2,50	25	2,50	25	2,50
10	1,00	10	1,00	10	1,00
5	0,50	5	0,50	5	0,50
2	0,20	2	0,20	2	0,20
1	0,10	1	0,10	1	0,10

Keine Kündigung

der B. V. G. - Direktoren

Ein Teil der Presse berichtete heute morgen, dass der Aufsichtsrat der B. V. G. einen Antrag angenommen habe, der dabin geht, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrats der B. V. G. ersucht werde, die Verträge der B. V. G. - Direktoren fristgerecht zu kündigen. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, trifft diese Nachricht in keiner Weise zu. Die Verträge der Direktoren sind erst im Jahre 1931 kündbar. Von einer Stellungnahme oder einem Beschluss über diese Angelegenheit ist überhaupt noch nicht gesprochen worden.

Der schrankenlose Bahnübergang

Zusammenstoß mit der Mittenwalder Kleinbahn

Auf dem Mariendorfer Weg in Mariendorf ereignete sich heute morgen an dem schrankenlosen Bahnübergang der Mittenwalder Kleinbahn ein schwerer Unglücksfall.

Der 31jährige Chauffeur Gottfried Hug aus Pankow wollte gegen fünf Uhr morgens mit seinem Lastkraftwagen den Schienenstrang kreuzen. Bei dem starken Nebel, der zu dieser Zeit über der dortigen Gegend lag, war der Anblick erschwert, so dass Hug das Näherkommen eines Güterzuges nicht rechtzeitig erkennen konnte.

Der Kraftwagen wurde von der Maschine erfasst und etwa hundert Meter weit mitgeschleift. Der Führer des Autos und sein Begleiter wurden vom Wagen geschleudert und erlitten schwere Kopfverletzungen.

Hug musste nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Neuköllner Krankenhaus gebracht werden. Der Betrieb auf der Mittenwalder Eisenbahn war durch den Zusammenstoß längere Zeit unterbrochen.

Selbstmord eines Landgerichtsdirektors

HALLE, 20. Februar. (Privat.)

Heute früh wurde in Halle der 45 Jahre alte Landgerichtsdirektor Hirsch, der früher in Halle, zuletzt in Nordhausen tätig war, als Leiche aus der Saale gelandet. Landgerichtsdirektor Hirsch erkrankte am Mittwoch plötzlich an einer Grippe, die ihn zwang, von seinem Amt fernzubleiben. Nachmittags stellte sich starkes Fieber ein. Man muss annehmen, dass er in diesem Zustand am Abend nach Halle gefahren ist und sich in der Saale ertränkt hat.

Weitere Beurlaubung des Oberbürgermeisters. Der Urlaub des Oberbürgermeisters Böss ist vom Oberpräsidenten vorläufig bis zum 31. März verlängert worden.

Eielsons Leiche gefunden

unter den Trümmern seines Flugzeugs

NEW-YORK, 20. Februar. (W. T. B.)

Die Leiche des Fliegers Karl Eielson, der letzten November dem vor dem sibirischen Nordkap vom Eis blockierten Schiff „Nanuk“ mit einem Mechaniker zu Hilfe geht und seitdem verschollen war, wurde unter den Trümmern seines Flugzeugs aufgefunden. Offenbar wurden die beiden Flieger beim Absturz ihres Apparates auf der Stelle getötet.

Radrenn-Auftakt im Sportpalast

Steffes vor Michard — Lehmann-Wissel in Front

Flieger und Mannschaftsfahrer hatten beim Eröffnungstag der zweiten Radsporradiosession des Sportpalastes das Wort, und sie machten ihre Sache recht gut, so dass alles befriedigt nach Hause ging. Die Überraschung des Abends war die grosse Formverbesserung des Kölner Steffes, dem es gelang, den — allerdings bahmungskünder — Weltmeister Michard zu schlagen. Sehr zu gefallen wusste der Belgier Ariel, der den Viererkampf der Ausländer gewann, wobei er neben Michard auch Martinetti und Kaufmann hinter sich liess, und auch im Winterpreis, der aus 16 Zweierläufen bestand, eine gute Figur machte. Steffes hat hier das Glück, Kaufmann zu überraschen; da er auch Ariel, Michard und Martinetti schlug, war ihm der erste Platz sicher. Michard wurde Zweiter; er lieferte im letzten Lauf mit Ehmer einen grossen Kampf, der als wahre Weltmeisterleistung beurteilt wurde. Auf dem dritten Platz endeten gemeinsam Ariel, Ehmer, Kaufmann und Knappe, der vorher seine deutschen Kollegen geschlagen hatte. Es schloss sich ein 50-Kilometer-Mannschaftsrennen an, das mit dem erwarteten Sieg von Lehmann-Wissel endete. Vorher hatten Knappe-Miethe dauernd das Feld beherrschert. Dabei kamen mehrere Paare überfordert (sehr schlecht führen Neb-Selffert), mussten sich aber im entscheidenden Moment der Überlegenheit der Sieger beugen. Ehmer fand nur mässige Unterstützung durch Koch, beinahe wäre die Mannschaft zum zweifachen überfordert worden. Das Resultat:

50-Kilometer-Mannschaftsfahren: 1. Lehmann-Wissel 28 Punkte, 1.07.11.4; eine Runde zurück: 2. Knappe-Miethe (4); 3. Krüger-Punda (2); 4. Killian-Putzfeld (10); 5. Ehmer-Koch (0); zwei Runden zurück: 6. Wetze-Nickel (0); 7. Schwemmler-Kantorowicz (2).

Verhängnisvoller Flugzeug-Absturz in Finnland

HELINGSFORS, 20. Februar.

Ueber der Stadt Sorvala stürzte ein Militärflugzeug ab. Der Führer und der Mechaniker waren sofort tot.

Wetteransicht für morgen in Berlin und Umgegend. Vielfach neblig, sonst heiter, Temperatur wenig verändert. (Öffentliche Wetterdienststelle Berlin. Nachdruck verboten.)

Einheitsbrot	0,50	Reichsbrot	1,00
Milch <td>0,25 <td>Strassen- und Hochbahn</td> <td>0,25</td> </td>	0,25 <td>Strassen- und Hochbahn</td> <td>0,25</td>	Strassen- und Hochbahn	0,25
Brot <td>1,00</td> <td>Stroh</td> <td>0,25</td>	1,00	Stroh	0,25
Gas <td>0,25</td> <td>Nachtzuschlag</td> <td>0,25</td>	0,25	Nachtzuschlag	0,25
Strom	0,25	Stadtbahn	11,00
Gas <td>0,18</td> <td>Wasser</td> <td>0,20</td>	0,18	Wasser	0,20

Zufuhr in Fischen Seefische reichlich	Preise: Seefische nachgebend
Kabeljau 0,70-0,75, Seelachs 0,80-0,90, Makrelen 0,85-0,90, Heringe 0,85-0,90, Schellfische 0,80-0,90, Sardinen 0,80-0,90, Flundern 0,90, Zander 0,45, Dorsch 0,30, Barsch 1,00-1,20, Heide 0,35-0,70, Lachs 1,00-1,20, Heringe 1,20-1,50, Scholle 1,80-2,00 das Pfund.	

Tei 0,10, ausw. n. Zos. u. Zeit	Poste 0,08, P. u. Ges. 0,08	aus 0,15, Teuch u. Ulf 0,10	Ing. 0,21, N. Schw. 0,15	Brief 0,08, Fern u. Zeit 0,15	Telegr. d. Wort 0,18	Post 0,18, D. 0,18, Lit 0,15	Post 0,18, D. 0,18, Lit 0,15
aus 0,15, Teuch u. Ulf 0,10	Ing. 0,21, N. Schw. 0,15	Brief 0,08, Fern u. Zeit 0,15	Telegr. d. Wort 0,18	Post 0,18, D. 0,18, Lit 0,15	Post 0,18, D. 0,18, Lit 0,15	Post 0,18, D. 0,18, Lit 0,15	Post 0,18, D. 0,18, Lit 0,15

Freie Bahn den Tüchtigen! / Die Not der studierenden Jugend „Studentenwerk Berlin“

Ueber eine Million Essensportionen / Beihilfe für kranke Studenten / Die Hochschule allen Schichten des Volkes!

Das „Studentenwerk Berlin“ ist der Zusammenschluss von Wirtschafts- und Fürsorgeorganisationen der Berliner Hochschulen. Er hat den Zweck, alle Arbeiten zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Studierenden zu fördern und ihre körperliche wie geistige Leistungsfähigkeit zu erhalten und wiederherzustellen. Es gilt für uns, das Hochschulstudium auch denen zu ermöglichen, die zwar nach ihren geistigen und menschlichen Anlagen für ein Studium geeignet sind, aber nicht die dazu nötigen finanziellen Mittel besitzen. Die Beihilfen, die der Staat oder irgendeine andere Behörde geben kann, reichen bei weitem nicht aus, um in der augenblicklichen schweren Wirtschaftslage Deutschlands für den Aufstieg der Begabten zu genügen. Sie können unser ideales Ziel nicht verwirklichen, das heisst: „Die deutschen Hochschulen den Besten der Jugend, allen Schichten des Volkes“.

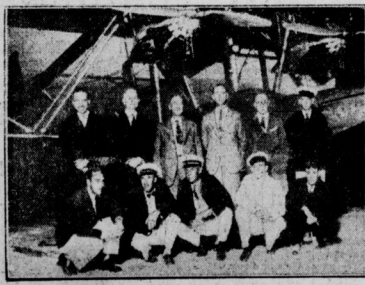
Die deutschen Studenten erkannten bereits nach dem Kriege, dass dem deutschen akademischen Leben Verelendung drohe. Es war nicht Zeit, auf Hilfe von aussen zu warten, man musste zur Selbsthilfe greifen. An allen deutschen Hochschulen entstanden Gemeinschaftsbetriebe, namentlich Speisungen, die zu sehr verbilligten Preisen den notwendigen Lebensunterhalt gewährleisten konnten. Vor allem aber schufen jene Jahre den Werkstudenten, der sich die Mittel zu seinem Studium durch körperliche oder geistige Arbeit erwirbt. Die starke Belastung durch solche Doppelarbeit aber ist nicht tragbar für schwächliche Studenten oder Examenkandidaten. Hierzu kommt, dass sich die Verhältnisse am Arbeitsmarkt vorverschlechtert haben, dass auch die Werkstudenten beim besten Willen nicht immer Arbeit finden. Hier muss also die Hilfe von aussen einsetzen. Zur Organisation der Werbung und Zentralisierung der hauptsächlichsten Arbeitsgebiete wurde 1923 die Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft gegründet. Gleichzeitig erfolgte der Ausbau der an den einzelnen Hochschulen bestehenden Organisationen. In Berlin studieren an zehn Hochschulen insgesamt ungefähr 30.000 Studierende, für die in grossen und ganzen die gleichen Lebensbedingungen gelten. Es lag also nahe, dass sich die Wirtschaftskörper dieser Hochschulen zu einer Dachorganisation zusammenschlossen.

Die Arbeitsaufgaben wurden so geteilt, dass die Wirtschaftskörper insbesondere die Einzelfürsorge bearbeiten, das heisst einzelne Studenten betreuen, ihre Würdigkeit, Bedürftigkeit und wissenschaftliche Fähigkeit prüfen, um ihnen dann nach Massgabe der Mittel Hilfe in Form von Freistellen, Stipendien und Darlehen zu gewähren. Das „Studentenwerk Berlin“ seinerseits übernahm die Vertretung der Berliner Arbeit nach aussen: Werbung der Mittel, Bearbeitung der Krankenfürsorge, Wohnungsvermittlung, Studentinnenlageschein, Erwerbsvermittlung, Erwerbshilfende Betriebe, Leitung der Speisungen und der Betriebe, die die Lebensunterhaltungskosten des einzelnen senken sollen. Die gesamte Arbeit wird politisch und konfessionell neutral geführt.

Wie wirkt sich nun diese Arbeit des Studentenwerkes praktisch aus? Nehmen wir den Fall, dass ein Student von auswärts die Berliner Universität besuchen will. Er hat einige Mittel, die aber nicht ausreichen, um sein Leben auf privater Basis zu ermöglichen. Wenn der Student einzugewandert im Leben steht, so hat er schon dabein von der Existenz des Berliner Studentenwerkes Kenntnis. Er wird also zuerst nach seiner Ankunft zu uns kommen und beim Wohnungsnachweis sich um ein Zimmer bemühen. Der Wohnungsnachweis verfügt über einen festen Kreis von Annehmern, dem ein ebenso fester Kreis von Zimmerangeboten gegenübersteht. Dadurch, dass wir die Zimmer im allgemeinen immer wieder belegen, können wir die Preise ziemlich senken. Wir vermitteln Zimmer nur gegen Miete, ferner Zimmer mit Gegenleistung (Unterricht usw.). Wir kontrollieren natürlich die angebotenen Zimmer daraufhin, ob sie den hygienischen Ansprüchen genügen. Die Preise schwanken, je nach den Ansprüchen zwischen 40 bis 30 Mark monatlich.

Hat der Student also durch unsere Vermittlung ein Zimmer gefunden, dessen Miete für ihn erschwinglich ist, so wird er daran denken: „Wo esse ich, da ich mir Restaurant-Essen nur gelegentlich oder gar nicht leisten kann?“ Da stehen ihm unsere Speisungen zur Verfügung, die an verschiedenen Stellen der Stadt eingerichtet sind. Es wurden über eine Million Portionen im Jahre ausgegeben. Das Essen schwankt im Preise zwischen 35 und 60 Pfennigen. Dafür gibt es eine Suppe, ein viertel Pfund Fleisch mit Kartoffeln und Gemüse, wobei der Vorteil noch der ist, dass man nachverlangen kann, was in keinem Restaurant möglich ist. Ausserdem gibt es noch einen Essensersatzraum in der Universität, in dem man einzelne Gerichte zu billigen Preisen haben kann. Natürlich muss, damit die Speisungen sich tragen können, beim Einkauf wie der gesamten Verarbeitung mit Zehntelpfennigen gerechnet werden, und es gehört grosse ökonomische Kunst dazu, weil die Zahl der Speisungen sehr grossen Schwankungen unterliegt.

Fliegende Klinik



In Amerika ist die erste fliegende Klinik, die die schwer erreichbaren Farmer mitten im Lande besucht, eingerichtet worden.

Kann der Student trotz dieser Hilfen mit seinem Wechsel nicht auskommen, so werden wir versuchen, ihm durch das Erwerbsvermittlungsamt irgendwelche Arbeit zu verschaffen, die ihm einen Verdienst im Rahmen seines Studiums ermöglicht. Wir haben in unserem Erwerbsvermittlungsamt in einem Jahre für 200.000 Mark Erwerbsmöglichkeiten vermittelt, immerhin eine ganz ansehnliche Summe. Wir haben z. B. ein Dolmetscher- und Uebersetzungsbureau, in dem für alle Wissensgebiete fachkundige und sprachkundige Leute zur Verfügung stehen. Die Möglichkeit zum Beispiel, einen technischen Text durch einen technisch wie sprachlich gebildeten Studenten in die betreffende Fremdsprache übersetzen zu lassen, haben die meisten Uebersetzungsbureaus nicht. Jedemfalls wird bei uns fachlich durchwegs individuell gearbeitet. Dieses Dolmetscher- und Uebersetzungsbureau brachte in einem Jahre etwa 50.000 Mark. Weiter haben wir ein gut eingerichtetes Zeitungsausschnittsbureau für alle Zweige des Wissens und des öffentlichen Lebens. Hier arbeiten die späteren Journalisten, die auf diese Weise eine gute Einführung in die verschiedenen Wissensgebiete und ihre pressensässige Behandlung bekommen. Zahlreiche Abonnements laufen hier und beweisen, dass man mit unserer Arbeit zufrieden ist. Weiter haben wir eingerichtet die Abteilung Führungsdienst. Hier stehen für alle Zwecke akademisch gebildete Führer zur Verfügung. Für alle Sprachen und Sondergebiete (Musik, Theater, Kunst, Geschichte, Architektur, Sport) wird man hier Führer finden. Wir stehen in Verbindung mit Hotels, Kongressen und Reichsbediensteten und Reisebureaus und werden von ihnen regelmässig in Anspruch genommen.

Für die Kompartimente haben wir noch eine Schneiderei, eine Schuhmacherei und eine Druckerei. Wir verbilligen also nach Möglichkeit die Lebensunterhaltungskosten durch die Lieferung zum Selbstkostenpreis.

Vergessen darf nicht werden die Beihilfe für kranke Studenten, die über die Zwangsleistungen der akademischen Krankenkasse hinausgehen. Wir geben Mittel und werben Mittel zur Versicherung tuberkulöser Studenten in Heilstätten und stehen mit diesen Heilstätten dergestalt in Verbindung, dass wir sehr billige Preise erzielen, auch bekommen wir Fahrteremissionen von der Reichsbahn. Da unsere Mittel aber sehr gering sind,

müssen wir uns in der Hauptsache darauf beschränken, die aussergewöhnlichen Fälle zu unterstützen, bei denen die Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitskraft erhofft werden kann. Für die anderen Fälle verwenden wir uns bei den entsprechenden Versicherungen (Reichsversicherung usw.). Versicherungen für diese Darlehen ist eine Zentrale des Deutschen Studentenwerkes in Dresden.

Kommt ein Student durch die Ungunst der Verhältnisse in wirtschaftliche Bedrängnis, so wird auch genauer Prüfung der Verhältnisse und Würdigkeit des betreffenden von der Darlehenskasse Beihilfe gewährt, besonders, wenn diese Darlehe dazu verhilft, die letzten Monate vor dem Examen sicherzustellen. Für diese Darlehen ist eine Zentrale des Deutschen Studentenwerkes in Dresden, die ihre Zweigbüros an allen deutschen Hochschulen hat. Um aber eine uferlose Ueberschuldung der Hochschulen mit mittellosen Studenten zu verhindern — denn ein immer grosseres Proletariat der Geistesarbeiter zu schaffen, liegt nicht im Sinne einer gesunden Entwicklung —, geben wir im allgemeinen im ersten bis dritten Semester keine Beihilfen. Vielmehr stehen wir auf dem Standpunkt, dass bei der heutigen schwierigen wirtschaftlichen Lage, wie der Ueberfüllung der akademischen Betriebe, es sich jeder junge Mensch sehr sorgfältig überlegen soll, ob er wirklich die geistige Kraft und die innere Berufung zum Studium in sich trägt. Wenn wir Briefe bekommen von irgendwelchen Primanern, etwa folgendes Inhaltes: „Ich beabsichtige nach dem Abitur Ihre Universität zu beziehen und bitte um Nachricht wie Sie mein Studium finanzieren werden“ — nun, so zeigen solche Briefe eine derartige Naivität und Unreife, dass wir solchen jungen Leuten nur anraten können, sich die Sache sehr gründlich zu überlegen. Wir müssen unsere Hilfe, auf die ja infolge der finanziellen Not sehr wenig beschränkt ist, aufsparen für die, die wirklich Besonderen zu werden versprechen. Auch müssen wir uns davor schützen, dass wir mit Hilfesuchen überschwemmt werden. Wir haben da schon einen Brief umgeschrieben: Der Student, der um ein Darlehen einkommt, muss seine finanziellen Verhältnisse so eingehend und überzeugend klarlegen, dass nur der wirklich Bedürftige sich an uns wendet.

AM RUNDfunk

Vom Rundfunk und seine Störungen — Wo bleibt die Abhilfe? — Hörspiele Sprache und Musik im Wechsel — Sinfonie- und Kammerkonzerte

Selbsterkenntnis pflegt ein erster Schritt zur Besserung zu sein. Berlins Rundfunk scheint zu der Erkenntnis gekommen zu sein, dass der Empfang seiner Sendungen störenden, nachteiligen Störungen unterworfen ist, und scheidet zur Selbsthilfe greifen zu wollen, indem es die Hörer über solche Störungen und ihre Beseitigung unterrichtet. In Erfüllung dieser Aufgabe sprach Dr. Conrad über Schutzmassnahmen, mit deren Hilfe Störungen beseitigt werden können. Leider nahm der breitere Teil des Vortrages die Demonstrierung der nur allzu bekannten Störgeräusche ein, so dass für das eigentlich interessante Gebiet des Vortrages nur wenig Raum blieb.

Will der Rundfunk jetzt im sechsten Jahre seines Bestehens, nachdem er auf technischem Gebiet die ersten Kinderkrankheiten überwunden und auf künstlerischem Gebiet sich schon so manchen eigenen Weg erschlossen hat, will er zu diesem Zeitpunkt als ein vollwertig anerkannt Neues neben andere Mitler geistiger und künstlerischer Güter treten, so muss er auch von seiner Seite aus zur Beseitigung der Störungen beitragen. Es darf aber nicht bei dieser Selbsterkenntnis bleiben; die Einsicht allein hilft nicht, wenn nicht praktische Taten folgen. So interessant der Vortrag manchen Schreibern folgte, so wenig hilft der Redner aus der Chaos von Knattern und Heulen, Surren und Pfeifen, wenn selbst die Reichspost bei Beschwerden versagt, unter deren Regie der Rundfunk doch steht?

Der im Anschluss an die letzte Berliner Funk-Ausstellung bei der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft gegründete „Ausschuss für Rundfunkstörungen“ sollte in Auswertung des Materials, das die Anfrage der Oberpostdirektion Berlin vor Jahresfrist geliefert hat, nun endlich den bedrängten Hörern zur Hilfe eilen und systematisch den Kampf aufnehmen, damit sich für die Hörer auch ein Genuss mit den Darbietungen verbindet.

Auf diesem speziell technischen Gebiete schreit man aber nicht von Flock zu Flock, sondern man muss doch auf künstlerischem immer wieder neue Ansätze erkennen kann, freilich auch manchen alten, ausgefahrenen Gleis begegnet.

So hat der Gedanke des Hörspiels sich gegenwärtig scheinbar festgerannt in der übertriebenen Verwendung schnellwechselnder Szenen. Arno Schirrkauer versucht in seiner Hörfolge „Asphalt“, die in Leipzig aufgeführt wurde, das Bild einer Grossstadt und ihres atemlosen, hastenden Lebens durch eine Fülle sich überschneidender Bilder zu geben. So gewisse ein bunter szenischer Wechsel notwendiges Element für ein Hörspiel ist, so wenig darf man doch den Gedanken überspitzen; und es darf die Regie gerade in einem solchen Falle die Uebersteigerung nicht noch durch geräuschvolle Unruhe der akustischen Kulisse übertreiben.

Die Liebe zur Verlebendigung des akustischen Hintergrunds erdrückte mit ihren Folgen auch die Wirkung von Peter Flamm's Hörspiel „Krieg um Frieden“, dessen gedanklicher Inhalt dadurch stark benachteiligt wurde, weil man ihm nicht folgen konnte. Die packende Realistik der Szenen in der Börse und im Tunnel hatten Darstellung und Regie in eine Dynamik gehetzt, die auf Kosten der Verständlichkeit ging.

Einen interessanten Versuch, Sprache mit Musik nicht als ein Nebeneinander, sondern als ein Nacheinander zu verbinden, unternahm Dr. Erich Fortner. Wir hörten ihn „Balladen von

heute“ sprechen, deren Empfindungsgehalt fortgeführt wurde durch musikalische Werke eines Beethoven, Brahms, Liszt, Weill u. a. m. Ganz glückliche Zusammenstellungen dieser Art werden sich nur schwer finden lassen, denn völlige Übereinstimmung zwischen der vorhandenen Musikliteratur dürfte es nur sehr selten geben. Der Gedanke an sich hat aber etwas so Starkes, etwas so Berührendes, dass man ihn nicht etwa verwerfen, sondern ausbauen soll.

Zum notwendigen Ausbau gehört eine neu komponierte Musik, die zwischen den Rezitationen die Brücke schlägt, ohne etwa nur die Stellung überleitender Musik einzunehmen, sondern mit der Aufgabe, das Ethos des gesprochenen Wortes mit klanglichen Mitteln noch einmal an uns vorbeizutreiben zu lassen und zu eigenem Ausdruck zu gestalten.

Als Beitrag zum internationalen Programm Austausch war aus Prag ein Stückchen zu hören, das mit Filialis Klängehintergrund dritter Sinfonie tingelt wurde; den Schluss bildete Janacek's Concertino für Klavier und Soloinstrumente.

In der Volksbühne dirigierte Hermann Scherchen eine abwechslungsreiche Faschingsmusik, die von Weber und Rossini bis zu Weill und Strawinsky auch Lehar reichte. Selbst als Walzerdirigent zeigte Scherchen eine besondere Note. Aus dem Bach-Saal wurde das Konzert des Berliner Sinfonie-Konzerts unter Dr. Thierfelder übertragen, das einen ähnlichen Charakter wie die Scherchen'sche Faschingsmusik trug. Zum Wochenende spielte Edith Lorand mit ihrem Kammerorchester temperamentvoll klassische und nationale Tänze. Lothar Band.

Ein 102jähriges Geburtstagskind



in Hospital in Kensington feierte Frau Mary Ann P. ihren 102ten Geburtstag und bekam eine Torte mit ebensoviel Lichtern geschenkt.

Verantwortliche Redaktoren: für Politik, Feuilleton und die Beilagen: Alfred Müller-Hewig, für Gross-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Hauptmann, für den internationalen Teil: Bruno Scheel sämtlich in Berlin. Für unveränderte eingewandene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.